

Mainz, 10.10.2023

Antrag 1564/2023 zur Sitzung Stadtrat am 11.10.2023

**gem. Resolution Solidarität mit Israel und Kampf gegen jeden Antisemitismus
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, ÖDP)**

Am 7. Oktober 2023, mitten am Schabbat, einen Tag nach Ende des Laubhüttenfestes, überfielen Terroristen der islamistischen Terrororganisation Hamas mehrere Ortschaften, Kibbuzim und ein Technofestival für den Frieden mit internationaler Besucherschaft im Süden Israels. Es ist das schlimmste Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem zweiten Weltkrieg. Die Terroristen mordeten auf grausame Weise unterschiedslos Männer, Frauen, Kinder, Alte. Insgesamt über 800 Menschen wurden ermordet. Hunderte weitere wurden verschleppt und werden als Geiseln gehalten. Die Terroristen luden Videos der von Ihnen begangenen Morde, Vergewaltigungen und Folterungen öffentlich auf den Social-Media-Accounts ihrer Opfer hoch, feiern sich für ihre Verbrechen und verspotten ihre Opfer. Ihre Motivation ist ein eliminatorischer Antisemitismus, der nicht nur dem Staat Israel, sondern allen Jüdinnen und Juden das Existenzrecht abspricht.

Auch in Deutschland gingen Sympathisantinnen und Sympathisanten der antisemitischen Terroristen auf die Straße, um den Mord an Jüdinnen und Juden durch das Verteilen von Süßigkeiten zu feiern. Unsere freie und demokratische Gesellschaft darf nicht dulden, dass in unserer Mitte massenhafter Mord gefeiert, verharmlost oder rechtfertigt wird. Eine freie und demokratische Gesellschaft, in der Jüdinnen und Juden nicht sicher und in Würde leben können, scheitert an ihrem Anspruch.

Die Stadt Mainz solidarisiert sich mit Israel und unserer israelischen Partnerstadt Haifa. Auch wir trauern um die Ermordeten, bangen um die Verletzten und hoffen auf die baldige Befreiung der Verschleppten, sind in Gedanken bei den Familien, die in Sicherheitsräumen und Luftschutzbunkern ausharren. Der Staat Israel hat das Recht, sich zu verteidigen. Diejenigen unter uns, die Jüdinnen und Juden sind zu schützen und zu verteidigen, ist jedoch unsere Aufgabe. Wir bekennen uns unerschütterlich zu der Verpflichtung, den Jüdinnen und Juden in unserer Gemeinschaft ein Leben in Sicherheit und Würde in unserer Stadt Mainz zu ermöglichen und werden uns allen Versuchen, das Existenzrecht Israels oder der Jüdinnen und Juden unter uns infrage zu stellen oder zu relativieren, entschlossen entgegenstellen.

Sylvia Köbler-Gross
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

Jana Schmöller
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

David Dietz
Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Caroline Blume
Fraktionsgeschäftsführung
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

f.d.R.
Robert Herr
Fraktionsgeschäftsführung
SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Hermann Wiest
Fraktionsgeschäftsf.
FDP-Stadtratsfraktion

Ludwig Holle
Fraktionsvorsitzender
CDU-Stadtratsfraktion

Tupac Orellana
Ko-Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. Stadtratsfraktion Mainz

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender
ÖDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Philipp Brée
Fraktionsgeschäftsführung
CDU-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Dr. Hermann Stauffer
Fraktionsgeschäftsführung
DIE LINKE. Stadtratsfraktion Mainz

f.d.R.
Rebecca Möhle
Fraktionsgeschäftsf.
ÖDP-Stadtratsfraktion